

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Zeit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 5. März.** [Die Habsburg-Hohenzollern'sche Allianz] balancirt fortwährend auf der Degen Spitze. Das Säbelgerassel wird von beiden Seiten mit großem Eifer fortgesetzt. Die halboffiziösen „Hamburger Nachrichten“ schreiben:

Es ist Grund vorhanden zu der Annahme, daß die Dinge zum äußersten Grade von Spannung gelangt sind. Man vermeint in Wien, die preussische Regierung sei wegen der inneren Zustände außer Stande, einen Krieg gegen Oesterreich zu führen, und hält daher den gegenwärtigen Moment besonders geeignet zum Antrag der Differenzen. In Berlin glaubt man diese Disposition zu erkennen und der Absicht Oesterreichs, die Krise jetzt zum Äußersten zu treiben, die Spitze bieten zu müssen. In Berlin wie in Wien scheint die Kriegspartei die Oberhand zu haben und wenn nicht in letzter Stunde noch unvermuthete Einigung erfolgt, so ist der Uebergang zur Action nur als Frage der Zeit zu betrachten.

Die „B. B. Z.“ meldet:

Ueber die Beschlüsse des Minister-Conseils am letzten Mittwoch erfahren wir von zuverlässiger Seite so viel, daß von der Regierung der Gasteiner Vertrag sofort formell gekündigt werden wird, um freie Hand für die Erzielung des Definitivums auch bezüglich Holsteins zu erhalten. Da ein Zurückgehen auf den Status quo vor dem Gasteiner Vertrag — Gemeinlichkeit der Verwaltung in beiden Herzogthümern — offenbar noch Lage der Dinge ganz unmöglich, so muß eine definitive Auseinandersetzung die unausbleibliche Folge des Rücktritts Preussens von dem Gasteiner Vertrage sein. Daß jeder der beiden Mächte zu jeder Zeit der Rücktritt von jenem Vertrage freisteht, brauchte nicht besonders stipulirt zu werden, es liegt in der Natur des provisorischen Abkommens. Eine Einschränkung des natürlichen Rechtes zum Rücktritt hätte ausdrücklich festgestellt werden müssen. — Eine Vermehrung der preussischen Truppen in Schleswig wird sehr bald erfolgen.

Von anderer, mehr glaubwürdiger Seite hören wir, daß in dem fraglichen Conseil die Abendung eines Ultimatums, eventuell ein kriegerisches Vorgehen gegen Oesterreich, vorläufig noch abgelehnt worden seien, da der König, der Kronprinz, Graf v. d. Goltz und v. Manteuffel dagegen gewesen seien. Graf v. d. Goltz soll mit einem, für den französischen kaiserlichen Prinzen bestimmten Schwarzen Adlerorden abgereist sein. Daß man es zum Äußersten kommen lassen wird, zu einem Kriege mit Oesterreich, dem sich die Mittelstaaten unbedingt anschließen würden, bezweifeln wir. Auch Oesterreich wird sich zweimal bestimmen. Zum Kriegsführen gehört vor Allem Geld, und mit neuen Anleihen hat es in Oesterreich ein Ende. Für die deutsche Nation aber wäre so ein Krieg gar kein Unglück; denn dann müßte es sich zeigen, welche Kraft noch im deutschen Volke liegt, sich wie Ein Mann zu erheben, oder ob es verdient, zu den Todten gezählt zu werden.

— [Zur Elbherzogthümerfrage] sollen die Mittelstaaten Alles aufbieten, Oesterreich zu bestimmen, die schleswig-holstein'sche Angelegenheit vor den Bund zu bringen.

— [Aus den Elbherzogthümern,] aus Schleswig, enthalten die „Hamb. Nachr.“ eine Mittheilung aus Rendsburg über die Resolutionen der Generalversammlung des dortigen Schleswig-Holstein-Vereins, welche sich scharf gegen die Neuzugneradresse aussprechen. Hinsichtlich des jüngsten Reskripts des k. k. Statthalters sprach die Versammlung sich dahin aus, daß sie, wiewohl erfreut über die in demselben kundgegebene Fürsorge für das Wohl des Landes, dennoch nicht die Ansicht des Statthalters theile, daß die jetzige Ständerversammlung ein neues Wahlgesetz festzustellen habe. Die Versammlung hegt die Ueberzeugung, daß im Staatsgrundgesetz von 1848 ein zu Recht bestehendes Wahlgesetz bereits gegeben sei. — Aus Kiel wird telegraphisch eine Bekanntmachung der Landesregierung gemeldet, in welcher diese die Behörden an die Vorchrift erinnert, über außerordentliche Vorgänge sofort zu berichten. Es wird darin besonders hervorgehoben, daß, wenn die Behörden Kenntniß von außerordentlichen Vorgängen erhalten, z. B. von der Veranstaltung größerer politischer Versammlungen, hiervon noch eine vorgängige Anzeige zu beschaffen ist.

— [Die Conferenz wegen der Donau-Fürstenthümer] wird in Paris zusammentreten und ausschließlich aus den Unterzeichnern des Pariser Friedens, Italien einbezogen, bestehen. Die Bucharester provisorische Regierung will sich durch Delegirte in Paris vertreten lassen.

— [Preussische Press-Schicksale.] Confiscirt wurde in Berlin die erste Ausgabe des illustrierten Beiblatts zur „Tribüne“, wahrscheinlich wegen eines in demselben enthaltenen Redns. Eine zweite Ausgabe, mit Weglassung desselben, blieb unbeankundet. — Sercurtheil: die „Rhein. Ztg.“ wegen Beleidigung der Verwaltungsbehörden in Schleswig zu 25 Thlr. Geldbuße; freigesprochen: dasselbe Blatt wegen einer angeblichen Beleidigung des Obertribunals. Dem Blatte sind inzwischen zwei neue Anklagen angekündigt. — Wie die „Volksztg.“ hört, hat der Graf Wartenberg gegen dieselbe wegen des Berichtes über die Sitzung, in welcher sein Conflict mit dem Abg. Frese vorkam, eine Klage (also wohl eine Privatjurisdiction, ohne Vermittelung des Staats-Anwalts) angestellt. — Vernehmung in Königsberg der Redakteur der „Königsb. Hart. Ztg.“ zu 10 Thlr. und Dr. Falkson zu 20 Thlr. Geldstrafe.

Köln, 4. März. [Volksversammlung.] Die heutige Volksversammlung zur Begründung der Abgeordneten verlief ohne Störung. An derselben beteiligten sich fast 4000 Personen. Die Abgeordneten Jung und Lene hielten längere Reden. Ersterer schloß mit der Mahnung, den Verfassungskampf fortzusetzen, letzterer sprach über den Beschluß des Obertribunals vom 29. Januar. Ein von den Anwesenden gesungenes Lied bildete den Schluß.

Wien, 2. März. [Ungarn.] Die Stimmung in Pesth ist neuerdings wieder sehr düster. Es scheint seit der Antwort des Kaisers auf die Adresse des Landtages gewiß, daß die Ungarn kein verantwortliches Ministerium haben sollen; damit soll das Verbleiben des Grafen Belcredi im Amte erkauft sein. Es wird versichert, daß Deal sofort nach Bekanntwerden der Forderung der Regierung erklärt habe: „Wenn man Anstand nehme, dieses verantwortliche Ministerium zu bewilligen, dann möge man nur gleich den Landtag auflösen, denn ohne Ministerium seien Unterhandlungen unmöglich.“ Und ein Wort Deal's ist ein Evangelium. So wird die Lage selbst in einem Oesterreich so freundschaftlichen Blatte, wie die Allgemeine Zeitung, geschildert. In Prag ist es von Seiten der Czechen zu stürmischen Ausritten gekommen, sowohl auf der Universität gegen einen Professor, der gegen Czeschisirung der Universität geschrieben, als auf dem Landtage, der einen desfallsigen Antrag Rieger's angenommen hat.

G. Aus Westphalen. [Die Parteien.]

In unserem Vaterlande sind durch die wechselseitigen Reibungen und die Unnachgiebigkeit der Parteien (?) die politischen Fragen zu den einfachsten Principien- und Existenzfragen des Conflictualismus geworden; dadurch haben sich sämtliche Parteischattirungen verloren und es stehen sich die beiden großen Parteien, die sogenannte conservative und die sogenannte liberale, einander gegenüber. Die Parteibildung ist ein reines Kunstprodukt, und es bedarf nur einer geringen Aenderung der Ansichten der Regierung — und die großen Parteien werden in viele zerfallen; der Kitt, welcher sie zusammen hält, ist kein natürlicher. Diesen beiden, durch politische Ansichten verbundenen Parteien steht eine dritte gegenüber, deren Band ein natürliches und daher ein festes ist, nicht nur auf gleicher politischer Anschauung beruhend, sondern auch auf gleichen socialen Interessen: die Partei der Arbeiter oder die social-demokratische. Keine andere Partei ist so fest verbunden; kommen sociale Fragen zur Verhandlung, so werden in den beiden großen Parteien noch viel größere Uneinigigkeiten entstehen, wie bei den rein politischen Fragen. Wie benehmen sich nun die beiden Parteien der geschlossenen Phalanx der Arbeiterpartei gegenüber? Als Lassalle seine Agitation begann und den Arbeitern klar machte, daß sie durch Politik und sociale Interessen eine eigene Partei seien, waren die Elemente der Arbeiter meistens in der liberalen Partei zerstreut, weil der Arbeiter sehr richtig einsah, daß er von dem demokratischen Staate mehr zu erwarten habe, als von dem aristokratischen. Lassalle öffnete den Arbeitern die Augen über die sogenannte liberale Partei, er zeigte ihnen, wie weit der Liberalismus ging, wenn das Wort Gleichberechtigung einmal in seinen Consequenzen durchgeführt und an den socialen Fragen seine Probe in der Praxis bestehen sollte.

Beide Parteien sahen das Gefährliche wohl ein, wenn sich eine Arbeiterpartei bildete. Man schwieg im Anfang die Sache todt; als aber trotzdem die Partei entstand und wuchs, suchte man theils die Arbeiter hinüber zu locken, theils die neue Partei zu verdächtigen. Beide große Parteien besitzen Kapital und sämtliche Blätter stehen in ihrem Solde. Die wenigsten Blätter sind, wie die „Kreuzzeitung“, derartig gestellt, daß sie rücksichtslos die Ansichten einer Partei vertreten können, unbekümmert darum, ob dieselben einem Theil ihrer Leser zusagen oder nicht. Die meisten sind reine Geschäfte und abhängig von ihren Aktionären oder Abonnenten; sie müssen die politischen und socialen Fragen so zugestutzt bringen, daß sie denselben zusagen, sonst werden die Waaren für ungenießbar erklärt und das Blatt geht aus Mangel an Abnehmern zu Grunde. Alle liberalen Blätter stehen im Solde der Bourgeoisie, die Redacture sind genöthigt, vor dem geldenen Kalbe zu knien. Wenn nun auch der Philister eine große Ehrfurcht vor Gedrucktem hat, und sich gern von dem Blatte, welches er zu lesen gewohnt ist, die politischen Fragen zurechtlegen und vorkauen läßt, weil ihm die Bildung fehlt, sich selbst ein Urtheil zu bilden, so hat er doch in socialen Fragen ein sehr feines Gefühl, er merkt schon von weitem, wenn etwas gegen seinen Geldbeutel gerichtet ist und wehe dem Blatte, welches eine politische oder sociale Frage so zu lösen versuchte, daß der Geldbeutel des Bourgeois mehr als bisher in Anspruch genommen würde. Ist der Redacteur anderer Ansicht, so hilft er sich dadurch aus dem Dilemma, daß er schweigt. Das Schweigen, welches die ganze reactionäre und liberale Presse gegenüber der Arbeiteragitation Anfangs beobachtete, wurde zuerst von der conservativen und reactionären Presse gebrochen, die in richtiger Taktik einsahen, daß die sich bildende Partei einen Keil in die der Gegner bildete; zugleich begann dieselbe eine Agitation, um die Arbeiter, in den veralteten Zunftgenossenschaften, ihrer Partei dienstbar zu machen. Die liberale Partei brach das Schweigen, als sich die Sache nicht mehr todtschweigen ließ, als ihre Reden als Phrasen gebrandmarkt waren, dadurch, daß sie verläumdete und Thatsachen entstellte. Zugleich pries sie die Einrichtungen, welche aus ihrem Schooße zum Besten der Arbeiter gestiftet waren, als das Eldorado und die einzige Hilfe an; jedem Worte, welches ein Schulse redete, standen sämtliche Blätter zur Verfügung, und bis auf die heutige Stunde mühen sich sämtliche Blätter und Blättchen ab, den Arbeitern zu beweisen, daß ihre Interessen und die der Bourgeoisie dieselben seien. Von der Partei der Gegner aber wird nicht einmal das abgedruckt, was die Bestrebungen z. B. eines Schulze anerkennt. Der Nachsah der Anerkennung ist allerdings der, daß diese Hilfe unzureichend sei. Woher kommt es nun, daß ein Theil der Arbeiter sich noch immer von den Phrasen verleiten läßt und im Schlepptau der Partei ist, deren Interessen den feinsten in gewissen Punkten schnurstracks entgegen laufen? Es ist dies nur möglich 1) durch die Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung der Arbeiter, die Ehrfurcht vor höherer Bildung und Gedrucktem; 2) dadurch, daß die politischen Interessen mit der Fortschrittspartei in einigen Punkten übereinstimmen, da beide Front gegen den reactionären Feudalstaat machen; 3) dadurch, daß der Arbeiter seine Kraft nicht kennt, sein politisches, staatliches Leben noch zu jung ist. Wenn man ihm heute die Waffe des allgemeinen Stimmrechtes in die Hand gäbe, würde er sie wohl gebrauchen? Wir glauben: ja! —

Ausland.

* Paris, 3. März. [Tagesbericht: Der gesetzgebende Körper. Herr Tarrieu. Der Habsburg-Hohenzollern'sche Conflict. Das „Mémorial diplomatique.“ Graf v. B. Goltz. Der kaiserliche Prinz.] In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers legte die Adresscommission folgenden Zusatzparagraphen zur Adresse vor: „Wir geben der vom Kaiser in Betreff Deutschlands befolgten Politik unsere Zustimmung. Diese Politik der Neutralität, welche Frankreich den Ergebnissen nicht gleichgültig gegen-

überstellt, entspricht unseren Interessen.“ Jules Favre und Genossen brachten zu diesem Zusatzparagraphen ein Amendement ein, über welches Olivier und Favre sich aussprachen. Der Staatsminister Rouher gab darauf die Erklärung ab, die Regierung nehme die von der Commission vorgeschlagene Fassung an, welche die Politik der Regierung billige und zugleich die Freiheit des Handelns für die Zukunft bewahre. — Bei der Abstimmung wurde das Amendement Favre mit 218 gegen 21 Stimmen verworfen. Ebenso fiel das andere Amendement, welches eine Befragung der Bevölkerung in den Herzogthümern forderte, mit 215 gegen 30 Stimmen. Die von der Commission vorgeschlagene Fassung wurde schließlich mit 238 gegen 14 Stimmen angenommen. — In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erging sich der Vice-Präsident des Staatsrathes, Herr Tarrieu, über Deutschland in den wohlwollendsten und freundschaftlichsten Ausdrücken. Die Kagenpfeiden blühten aber doch durch, und man merkte es nur zu gut, aus welchen Gründen man officiellerseits Deutschland jetzt so zart streichelt. Die Lage der Dinge in Deutschland wurde von allen Rednern als sehr ernst dargestellt. Herr Tarrieu gab sogar zu verstehen, daß der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen fast zu den Wahrscheinlichkeiten gehöre. Tarrieu war der zweite Regierungs-Commissar, der seit den fünf Tagen, welche die Adresse-Debatten dauern, gesprochen hat. Bei der allgemeinen Discussion, bei der römischen Frage hielten sich dieselben in tiefes Schweigen, und als gestern der Staats-Minister Rouher in dem merikanischen Paragraphen das Wort ergriff, geschah es nur, um zu erklären, daß die Regierung keine Mittheilungen zu machen habe, daß die Kammer dem betreffenden Paragraphen aber doch ihre Zustimmung geben solle. Die Opposition murmelte, aber die Majorität war wieder ganz gefügig geworden, und es wurde so ermöglicht, daß diese störrische, schlimme Frage, für welche Jeder seine Waffe geschärft hatte, ohne eine jede Debatte beseitigt wurde. — Nach den gestrigen Kammer-Reden ist der Habsburg-Hohenzollern'sche Conflict wieder ganz in den Vordergrund getreten. Das heutige „Mémorial Diplomatique“ stellt die Lage der Dinge auch als sehr ernst dar. Es meint, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Großmächten seien äußerst gespannt, und meldet als sicher, daß Oesterreich dem Verlangen Preußens, den Prinzen von Augustenburg aus Posten zu entfernen, keineswegs entsprechen werde. Graf v. B. Goltz, der heute wieder von Berlin abreisen sollte, ist, wie das „Mémorial“ ebenfalls meldet, nicht nach Berlin berufen worden, sondern er sei, nachdem Graf Dönhoff ihm Despeschen überbracht, um die Erlaubniß eingekommen, sich nach der preussischen Hauptstadt begeben zu dürfen. — Der Moniteur meldet, daß der kaiserliche Prinz die Rückeln hat, die Krankheit jedoch einen guten Verlauf nehme und keinerlei Beunruhigung, keine Besorgniß erzeuge. Die Krankheit nehme ihren regelmäßigen Verlauf. Das Befinden des Patienten sei befriedigend. Es werden täglich zwei ärztliche Bülletins ausgegeben.

London, 3. März. [Im Unterhause] beantragte Herr Gregory eine Adresse an die Königin, um sie zu bitten, „ihren Einfluß bei den auswärtigen Mächten zu dem Zwecke zu verwenden, das Princip, daß Privat-Eigenthum der Wegnahme zur See nicht unterworfen sei, zu einer Maxime des internationalen Seerechtes zu machen.“ Es opponiren Namens der Regierung der Attorney General und der Solicitor General, worauf der Antrag nach langer Debatte zurückgezogen wird.

Italien. [Handelsvertrag. Die politischen Gefangenen im Kirchenstaate.] In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 3. März wurde der mit dem Zollverein abgeschlossene Handelsvertrag mit 186 gegen 16 Stimmen angenommen. — In der Deputirtenkammer interpellirte Mauro Macchi die Regierung über die politischen Gefangenen im Kirchenstaate. Lamarmora erwiderte, er habe unterm 25. Februar d. J. eine Depesche an den Gesandten in Paris, Ritter Nigra abgesendet, worin er von Neuem auf die Nothwendigkeit, die Freilassung derselben zu bewirken, hingewiesen habe. Die Interpellation war hiermit erledigt.

* Spanien. [Die Kriegserüstungen und der Staatsbankrott. D'Onnell und der Belagerungszustand.] Die spanische Regierung läßt es an nichts fehlen, die Nation mit dem Gedanken eines langwierigen, kostspieligen Krieges gegen die südamerikanischen Republiken vertraut zu machen. Die Königin, die seit Jahren für eine Wiedereroberung der früheren spanischen Colonien schwärmt und von Clerus und Camarilla darin bestärkt wird, will es nun einmal so, und O'Donnell hängt zu sehr am Geschäfte, als daß er sein besseres Wissen geltend zu machen die Ausdauer hätte. Der Minister-Präsident legte am 27. Febr. dem Congresse einen Gesetzentwurf vor, wonach für 1866 eine Aushebung zum stehenden Heere von 85,000 Mann Statt finden soll. Ein Staat, der am Bankerotte steht, will 85,000 Mann ausheben! — Der Conseils-Präsident Marschall O'Donnell gab im Congresse die Erklärung ab, daß der Belagerungszustand so lange aufrecht erhalten bleibe, bis die Progressisten-Partei zu conspiriren aufhöre. O'Donnell hatte bekanntlich auf die Vorstellung, die Cortes müßten jetzt unter dem Standrechte tagen, behauptet, er würde nach Beendigung des Prim'schen Aufstandes keine zwei Mal vierundzwanzig Stunden warten, um den Belagerungszustand in Madrid aufzuheben.

Donaufürstenthümer. [Die provisorische Regierung.] Die Gerüchte, daß man in Bucharest nun nach der Ablehnung des Grafen von Flandern sofort einen neuen Regenten aus dem Corps europäischer Prinzen wählen werde — man nennt u. A. den Prinzen Otto von Bayern und den Prinzen Wilhelm von Mecklenburg —, sind nach der Wiener „Presse“ unbegründet. Vielmehr seien die Vertreter der Großmächte in Bucharest beauftragt, die provisorische Regierung auf die Unstatthaftigkeit einer neuen Proklamirung hinzuweisen, da die Konferenz allein über die weitere Lösung der Fürstenthümerfrage zu entscheiden habe. Mit dieser Verzögerung ist freilich auch die Gefahr verbunden, daß die Parteien im Lande selbst unruhig werden und die diplomatischen Künsteleien, für die man das Land aufspart, dann durch einen ledern Griff Rußlands zerrissen werden.

Rußland. [Die Rüstungen.] Von der polnischen Grenze wird der „Augsb. Allg. Ztg.“ vom 23. d. M. geschrieben:

Was will Rußland? Das ist die Frage, die jetzt alle Geister in unserem Osten in Bewegung setzt. Es marschiren immer größere Truppenmassen nach Podolien, Böhmen und der Gränze von Galizien, und wenn sie von letzterer vorläufig auch noch etwas fern bleiben, so sind doch alle Vorbereitungen getroffen, um sie, wenn nöthig, schnell an ihr Ziel zu befördern. Bei Proszowice ist man bereits beschäftigt, ein großes Cavallerie-Lager einzurichten, und in der Ebene von Mniow gegen die Weichsel zu, werden Vorbereitungen zu Cantonnements für die Infanterie gemacht. Bei Rilec werden große Futter-Vorräthe aufgehäuft, und mit der Eisenbahn-Direction sind Verhandlungen angeknüpft über die Zahl der Truppen, die in einem Tage transportirt werden können.

Es ist sicher, daß Rußland Etwas im Schilde führt.

Amerika. [Präsident Johnson] hat die Sanctionirung der Bill, betreffs des zum Schutze der Freigelassenen eingesetzten Bureau's, verweigert; diese Maßregel rief im Congresse wie in der Bevölkerung große Aufregung hervor. — Der Congreß hat den Antrag des Reconstructions-Comité's angenommen, nach welchem kein Südstaatliches Mitglied im Congreß zugelassen werden soll, bis der Congreß überhaupt die Repräsentation des Südens gestattet haben wird.

Vereins-Heil.

* Berlin, 5. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Von Herrn Münze erhalten wir Nachstehendes mit dem Ansuchen um Veröffentlichung:
Vereins- und Parteigenossen!
Wie bereits bekannt, sind mir in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Allg. deutsch. Arb.-Vereins Unkosten im Betrage von 12 Thlr. 24 Sgr. erwachsen. Da ich nun durch Krankheit und Arbeitslosigkeit sehr zurückgekommen bin, so richte ich an die auswärtigen Mitglieder die Bitte, mir zur Deckung dieser Kosten ihre